

## BAZ.TABLET - ARTIKELANSICHT

Donnerstag, 21. Juli 2016

Schweiz | Seite 4

## Bankrotte Sozialversicherungen

### Löcher der Schweiz (I): Die milliarden schweren Finanzlöcher im Sozialstaat

Von Dominik Feusi, Bern



Zwanzig Milliarden Franken. Das ist das Finanzloch der Schweizer Sozialversicherungen – pro Jahr. So viel steckt die öffentliche Hand, also die Steuerzahler, jedes Jahr in die Sozialversicherungen – und nicht die Versicherten für bestimmte Risiken, wie es der Name nahelegen würde. Wären die Sozialversicherungen privat, sie müssten längst den Konkurs anmelden.

Das grösste Loch ist die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV). Eigentlich sieht das Umlageverfahren vor, dass die aktive Bevölkerung von ihrem Lohn etwas abgibt und damit den Lebensabend der älteren Generation finanziert. Doch auf diesem Weg kamen 2015 nur gut dreissig Milliarden Franken zusammen. Die AHV bezahlt aber Leistungen von mehr als vierzig Milliarden Franken aus. Der Bund springt jedes Jahr mit mehr als zehn Milliarden Steuergeld ein, sonst müssten die Renten auf der Stelle um ein Viertel gekürzt werden. Die AHV ist wegen der Alterung der Bevölkerung schon längst

in Schieflage. Seit 1999 wird ein zusätzliches Mehrwertsteuerprozent erhoben. Damit ist das Loch zwar noch da, aber weniger gut zu erkennen. Das Problem wurde in die Zukunft verschoben, die Fassade einer soliden AHV gewahrt.

### Griechische Verhältnisse drohen

Das Loch wird in Zukunft noch grösser werden. Das Parlament ist an einer Reform der Altersvorsorge, welche wiederum mehr Einnahmen aus Steuern für die AHV vorsieht. Das Problem sind allerdings die Leistungen der AHV. Rechnet man alle versprochenen Zahlungen zusammen und zieht die dafür geschuldeten Zahlungen ab, kommt man auf eine Nachhaltigkeitslücke von 166 Prozent des Bruttoinlandproduktes, das sind beinahe schon griechische Verhältnisse. Der Bundesrat ist sich dieses Problems bewusst, er selber rechnet bis 2040 mit einem Anstieg der Verschuldung des Bundes auf 131 Prozent des BIP. SP, Grüne und Gewerkschaften interessiert die finanzielle Zukunft des Staates jedoch wenig. Sie lancierten eine Volksinitiative für zehn Prozent höhere Renten, über die wir Ende September abstimmen – natürlich ohne zu sagen, wie sie das finanzieren würden.

Ähnlich sieht es bei der Invalidenversicherung (IV) aus. Deren Einnahmen überstiegen im letzten Jahr zwar die Ausgaben. Die IV vermeldete stolz einen «Gewinn» von 645 Millionen Franken. Doch der Schein trügt: Das gute Ergebnis kommt wegen eines bis Ende 2017 begrenzten Zustupfs aus der Mehrwertsteuer von 1,1 Milliarden Franken pro Jahr zustande. Eigentlich machte die Versicherung also einen Verlust von 465 Millionen Franken. Und auch dieses Resultat beinhaltet einen milliarden schweren Zustupf aus der Bundeskasse. Die Steuerzahler schossen nämlich noch einmal 4,8 Milliarden ein. Mit den eigentlichen Versicherungsbeiträgen ist die IV nur zur Hälfte finanziert. Die Steuergelder wahren auch hier den Schein, dass es sich um eine «Versicherung» handle und dass sie gut finanziert sei.

### Den Schein wahren

Gleichzeitig hat die Invalidenversicherung bei der AHV mehr als zwölf Milliarden Franken Schulden. Sogar wenn der Zustupf aus der Bundeskasse und der Mehrwertsteuer beibehalten würde, dauerte es fast 19 Jahre, bis die Schuld abbezahlt wäre. In der letzten Legislatur versenkten SP, Grüne, CVP und Teile der FDP moderate Reformen auf der Leistungsseite, um das Sozialwerk wieder ins Gleichgewicht zu bringen – obwohl man das bei der Abstimmung über die befristete Mehrwertsteuererhöhung versprochen hatte.

Bei der Krankenversicherung (KV) schießt die öffentliche Hand gut vier Milliarden aus Steuergeldern ein, rund ein Achtel der Gesamtkosten. Damit ist dieses Finanzloch deutlich kleiner als jene bei AHV und IV. Der Grund ist einfach: Bei der Krankenversicherung können jedes Jahr die Einnahmen erhöht werden. Das verringert den Druck auf die Politik, etwas gegen die Kostensteigerungen zu unternehmen. Die mittlere Prämiensteigerung in den zwanzig Jahren seit Bestehen des Krankenversicherungsobligatoriums betrug denn auch 4,6 Prozent pro Jahr – sehr viel mehr als das Wirtschaftswachstum oder das Wachstum der Löhne. Auch in diesem Bereich müsste die Politik schwierige, weil unpopuläre Entscheide auf der heute unbegrenzten Leistungsseite fällen, um die gesunden Prämienzahler und die Kranken vor jenen Kranken zu schützen, die das System missbrauchen.

## Umverteilung statt Versicherung

Ebenfalls ein vergleichsweise kleines Loch gibt es bei der Arbeitslosenversicherung (ALV). Die Beiträge der öffentlichen Hand betragen 634 Millionen Franken, wovon 464 Millionen der Bund und 170 Millionen die Kantone tragen. Ins Auge fällt die Schuld von mehr als 1,5 Milliarden Franken und die erst kürzlich ausgeweitete Beitragspflicht. Statt noch mehr Steuergeld aus den öffentlichen Haushalten zu holen, wurden einfach die Lohnabgaben ausgeweitet – über den versicherten Lohn hinaus. Auch die ALV ist damit keine Versicherung mehr, sondern staatlicher Umverteilungsmechanismus, der Leistung mit höheren Lohnabzügen bestraft. Eine private Versicherung hätte bei einem solchen Gebaren wohl ein Verfahren am Hals.

Das kleinste Sozialversicherungsloch ist jenes bei den Familienzulagen. Dort schießen die Kantone 98 Millionen Franken ein – vor allem damit auch Nichterwerbstätige eine Familienzulage erhalten. Nur gerade in vier Kantonen (AR, SO, TG, TI) müssen Nichterwerbstätige dem Versicherungsprinzip gemäss auch etwas zu den Familienzulagen beitragen, bevor sie davon profitieren können.

Keine öffentliche Querfinanzierung haben die Pensionskassen. Ihr Problem ist es aber, dass sie durch einen viel zu hohen Umwandlungssatz dazu verpflichtet werden, Geld von den Jungen auf die Alten umzulagern. Die nachhaltige Lösung wäre ein freier Wettbewerb um die besten Leistungen für die Versicherten, doch den Versicherern ist das Kartell lieber. Die Probleme kommen in einigen Jahren, wenn das Geld nicht mehr reicht – und nicht mehr da ist.

Die Ergänzungsleistungen kosten den Bund 2,8 und die Kantone noch einmal zwei Milliarden Franken. Aber sie werden bedarfsabhängig bezahlt und darum sind sie keine Versicherung – der Betrag darum kein Finanzloch.

Nach Eröffnung des Gotthard-Basistunnels betrachtet die BaZ in loser Folge andere Löcher der Schweiz.




---

**Ressorts:** [Basel](#) · [Schweiz](#) · [Ausland](#) · [Wirtschaft](#) · [Börse](#) · [Sport](#) · [Kultur](#) · [Panorama](#) · [Wissen](#) · [Leben](#) · [Digital](#) · [Auto](#)  
**Marktplatz:** [Stellen](#) · [Jobs](#) · [Kaderstellen](#) · [immo.baz.ch](#) · [Fahrzeuge](#) · [Kleinanzeigen](#)  
**Dienste:** [Suche](#) · [RSS](#) · [Newsletter](#)  
**Basler Zeitung** [Aboservice](#) · [E-Paper](#) · [Archiv](#) · [Leserbriefe](#) · [Inserieren](#) · [Leserreisen](#)  
**baz.ch** [Inserieren](#) · [Impressum](#) · [Disclaimer](#)

© Basler Zeitung Medien - Alle Rechte vorbehalten